

Das NRZ-Interview am Wochenende

Wehrpolitische Rezepte zu geben steht uns nicht an

„Die Entscheidungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung muß gewahrt bleiben“

Der Berliner Bundestagsabgeordnete **WILLY BRANDT** gewährte der NRZ ein Exklusiv-Interview zu Fragen der deutschen Wiederbewaffnung.

FRAGE: Herr Brandt, Sie haben mehrfach die Ansicht geäußert, daß es für die Bundesrepublik nicht möglich sei, für eine lange Dauer außerhalb eines Sicherheitssystems zu bleiben. Was meinen Sie mit dem Begriff „für eine lange Dauer“? Sind Sie der Ansicht, daß man eine bestimmte Frist setzen sollte? Auf welche Weise wäre es möglich, eine solche Frist zu bestimmen?

ANTWORT: Wir können uns wohl nicht darauf verlassen, daß die Kriegsgefahr allein durch die beiderseitige Furcht vor den Atomwaffen gebannt wird. Wir können uns auch nicht damit begnügen, daß wir die Westmächte an ihre Verpflichtung erinnern, uns gegen militärische Abenteuer aus dem sowjetischen Machtbereich zu schützen. Die Lösung unseres Sicherheitsproblems steht auf der Tagesordnung. Mit der Stoppuhr läßt sich allerdings in der internationalen Politik nicht arbeiten. Daher kann man sich auch nicht auf bestimmte „Fristen“ festlegen. Die richtige Antwort wird außerdem nur dann gefunden werden, wenn der deutsche Anspruch auf Wiedervereinigung allseitige Anerkennung findet. Dieser Anspruch ist unbefristet.

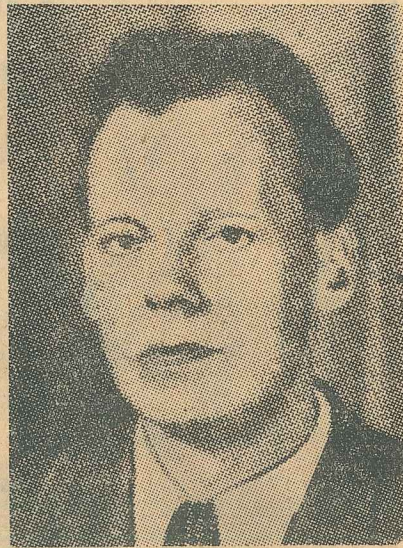
FRAGE: Sie treten für eine Ergänzung des Dortmunder Aktionsprogramms der SPD ein. In diesem Aktionsprogramm heißt es: Die SPD strebt ein wirksames System kollektiver Sicherheit an, an dem Deutschland gleichberechtigt und ohne Gefährdung seiner Wiedervereinigung beteiligt ist. Sind Sie der Ansicht, daß das Aktionsprogramm besonders in diesem Punkt nicht konkret formuliert ist? Welche Ergänzung würden Sie etwa vorschlagen?

ANTWORT: Die grundsätzliche Feststellung im Dortmunder Aktionsprogramm, an deren Formulierung ich mitgewirkt hatte, ist unterschiedlich ausgelegt worden. Ich halte es deswegen für nützlich, daß in den Vorlagen zum Berliner Parteitag der SPD eine Verdeutlichung vorgeschlagen wird, die sinngemäß besagt:

a) Für ein wiedervereinigtes Deutschland stellt eine einseitige militärische Bindung keine Lösung dar, sondern

allein die Teilnahme an einem Sicherheitssystem, das sich im Rahmen der Satzung der Vereinten Nationen hält.

b) Die Bundesrepublik kann an gemeinsamen Anstrengungen des Westens zur Sicherung des Friedens und zur Verteidigung der Freiheit teilnehmen, wenn die Entscheidungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung gewahrt bleibt, ein europäisches System im Rahmen der Vereinten Nationen von allen Beteiligten angestrebt wird



MdB Brandt

und die Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit für alle Teilnehmer gewährleistet ist.

FRAGE: Den EVG-Vertrag lehnen Sie ab. Können Sie mir sagen, an welche andere Form eines Sicherheitssystems Sie denken?

ANTWORT: Am Schreibtisch kann man nicht vorwegnehmen wollen, was das Ergebnis sorgfältiger Beratungen sein müßte. Es mag jedoch naheliegen, die Möglichkeiten einer Anlehnung an die Mitgliedsstaaten des Nordatlantikpaktes genauer zu prüfen — in Formen, die der besonderen Lage Deutschlands entsprächen.

FRAGE: Der vom Bundestag gegen die Stimmen der SPD ratifizierte EVG-

Vertrag stößt auch in Frankreich auf Widerstand. Die französischen Gegner der EVG kritisieren diese jedoch vom entgegengesetzten Standpunkt aus. Die SPD bemängelt u. a., daß die EVG Deutschland nicht die Rolle eines gleichberechtigten Partners gewährt. Die französischen Gegner der EVG jedoch kritisieren, daß die Bundesrepublik selbst im Rahmen der EVG für Frankreich eine Gefahr werden könnte. Wie glauben Sie, daß eine andere Lösung als die EVG mit den Vorstellungen der Franzosen in Einklang gebracht werden könnte?

ANTWORT: Die „Integrierung“ von Streitkräften wäre, wie die Erfahrung zeigt, durchaus möglich, ohne sich der komplizierten EVG-Konstruktion zu bedienen. Sofern es unserem französischen Nachbarn um die Sicherung der Demokratie und um einen Schutz vor militaristischen Verirrungen geht, dürfte eine Verständigung gerade mit denjenigen nicht schwerfallen, die es mit der deutschen Demokratie ernst meinen. Demhingegen wird man kaum solchen Kreisen gerecht werden können, die von deutschen Streitkräften erwarten, daß sie schwächer würden als die französische Armee — aber stärker als die russische.

Schlecht beraten

FRAGE: Wenn jetzt die EVG am Widerstand der Franzosen scheitert, sollten wir es dann nicht den Westmächten überlassen, sich Gedanken über eine Alternative zu machen und mit Vorschlägen an uns heranzutreten? Der Publizist Walter Dirks z. B. vertrat in der NRZ sogar die Meinung, daß die Alternative des vorläufigen Verzichtes auf eine Ausrüstung der Bundesrepublik neu erwogen werden müsse. Halten Sie, Herr Brandt, nicht auch diese Meinung des Diskutierens wert?

ANTWORT: Alle wertvollen Kräfte in unserem Volk hofften nach dem zweiten Weltkrieg auf eine waffenlose Zukunft. Wir wären auch heute noch schlecht beraten, wenn wir uns mit militärpolitischen Rezepten auf- und vordrängten. Die außenpolitischen Zusammenhänge müssen immer wieder durchdacht und überprüft werden. Die Alternative eines Austritts aus dieser sehr unvollkommenen Welt ist allerdings nicht gegeben.